

Abbruch, Transfergesellschaft und keine Arbeitsplätze: Das Ende von Opel in Bochum: Ein kapitalistisches Lehrstück!



Der Abbruch des Opel-Werks in Laer läuft auf vollen Touren. Vernichtet wird eine traditionsreiche Produktionsstätte. Viele Tausend Menschen aus Bochum und den umliegenden Städten und Gemeinden fanden hier Arbeit. Es ist wichtig in diesem Tagen hervorzuheben, dass die Belegschaft keine Schuld und Verantwortung für die Schließung trägt.

Im Gegenteil: In den Bochumer Werkshallen wurden stets gute Autos gebaut. Eine Perspektive für zukunftsorientierte Produkte erhielt das Bochumer Werk nicht. Opel-Bochum wurde auf dem Altar der kapitalistischen Wirtschaftsverhältnisse und der Anerkennung des US-amerikanischen Vormachtstrebens geopfert.

Die Zeche für die Konzerninteressen des US-amerikanischen Mutterkonzern General Motors und dessen machtpolitischen Ambitionen sollen die Menschen im Ruhrgebiet zahlen.

Die widerständige Bochumer Belegschaft war den Konzernherrn in Detroit seit vielen Jahren ein Dorn im Auge. Seit dem Streik im Jahr 2000 gegen die Allianz mit FIAT und die Ausgliederung von Betriebsteilen verstärkten sich die Signale, das Detroit die kämpferische Bochumer Belegschaft loswerden will. Mit dem Streik 2004 wurden die GM-Pläne durchkreuzt, aber, wie sich später zeigte, nur verzögert.

Jetzt wird Opel platt gemacht. In der Zeit vor der Schließung wurden viele Versprechungen gemacht. Opel, die Landesregierung, die Stadt und Experten überboten sich in der Darstellung von Alternativen.

Übrig geblieben ist davon so gut wie nichts. Ein paar Arbeitsplätze in der Post-Logistik und die Aufbereitung der Werksflächen (weitgehend aus Steuergeldern) sind alles. Vor einem Vierteljahr ist die Transfergesellschaft für die ehemaligen Beschäftigten des Bochumer Opel-Werks an den Start gegangen.

Bislang konnten etwas mehr als 100 von knapp 2.500 Opelanern aus der Transfergesellschaft in neue Jobs vermittelt werden. In den ersten knapp drei Monaten haben die Ex-Opelaner "Bewerbungstrainings" absolviert und wurden "berufliche Ziele" ausgelotet.

Alle zwei Wochen kommen sie mit einem Berater zusammen, die übrige Zeit sind sie angehalten, den Arbeitsmarkt zu sondieren. Fast alle machen eine Weiterqualifizierung, etwa im Transportwesen oder in der Lagerlogistik. Das größten Probleme einen neuen Job zu finden, ist die hohe Arbeitslosigkeit im Ruhrgebiet, die geringe Anzahl an neuen Arbeitsplätzen und die Ausweitung der Arbeitszeit in allen Branchen (immer weniger Menschen müssen immer mehr arbeiten).

Dass nach der millionenschweren Subventionierung der Ansiedlung von Opel in Bochum vor 50 Jahren nun auch der Abgang des Unternehmens hoch subventioniert werden soll, ist bezeichnend für die gesellschaftlichen Verhältnisse in unserem Land.



Am 8. Mai 2015 jährt sich die bedingungslose Kapitulation der faschistischen Wehrmacht.

Für die Führungsriege der NSDAP, für die Generäle der faschistischen Wehrmacht und die Industrie- und Bankkreise, die Hitler & Co. 1933 den Weg zur Machtübertragung ermöglicht haben,

.....war der 8. Mai 1945 ein Tag der Niederlage. Millionen Menschen - Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma, Mitglieder der KPD, der SPD, der Gewerkschaften und andere - sind der faschistischen Barbarei bis zu diesem Tag zum Opfer gefallen.

Mit weit über 20 Millionen Toten und in einer in weiten Teilen zerstörten Infrastruktur im Land war es das sowjetische Volk, das unter den Mitgliedern der Anti-Hitler-Koalition die Hauptkriegslast trug. Und es war die Rote Armee, die den entscheidenden Anteil zum militärischen Sieg über Nazi-Deutschland beitrug.

70 Jahre nach der Befreiung vom deutschen Faschismus muss der Kampf heute mehr denn je fortgesetzt werden. Schulter an Schulter gegen neue NATO-Kriege, gegen Faschismus in Europa, gegen Sozial- und Demokratieabbau. Dafür gilt es am 1. Mai und am 8. Mai 2015 ein Zeichen in ganz Deutschland zu setzen.

Jahreshauptversammlung der DKP Bochum: DKP wählte und unterstützt Aktionen

Die DKP-Bochum hat vor einigen Tagen ihre Jahreshauptversammlung durchgeführt und ihre Delegierten zum 21. Parteitag gewählt, der im Herbst in Frankfurt/Main stattfindet.

Zum Vorsitzenden der DKP-Bochum wurde Eberhard Eick (65) gewählt. Eberhard Eick war lange im Thyssen-Konzern tätig und ist seit kurzem Rentner. Die Versammlung beschloss die aktive Teilnahme an den Aktionen zum 1. Mai und dem 70. Jahrestag zur Befreiung vom Faschismus und Krieg.



marxistisch · kritisch · analytisch



UZ
- unsere zeit -
Wochenzeitung der DKP

★
Jetzt 4 Wochen kostenlos probelesen!

Einfach E-Mail mit Name und Adresse an:
info@unsere-zeit.de - Tel.: 0201 - 17 78 89 23 - www.dkp.de

Affront oder normaler Vorgang?

Zum Kooperationsabkommen der IG Metall, IG BCE, IG BAU und EVG

Es war ein Treffen im ganz kleinen Kreis. Nur einige auserwählte Medienvertreter waren laut Presseberichten vom Donnerstag eingeladen, als die Vorsitzenden der Gewerkschaften IG Metall, IG BCE, IG BAU und EVG gemeinsam mit DGB-Chef Reiner Hoffmann am Mittwoch in Berlin ein Kooperationsabkommen vorstellten.

Es soll helfen, Abgrenzungsprobleme zwischen den beteiligten Organisationen zu vermeiden. Zwar informiert, aber nicht offiziell eingeladen, waren die anderen vier DGB-Gewerkschaften ver.di, GEW, GdP und NGG. Diese demonstrierten am Donnerstag Gelassenheit.

Organisationsstreitigkeiten haben innerhalb des DGB zuletzt deutlich zugenommen.

Auch politische Meinungsverschiedenheiten werden immer offener ausgetragen - aktuell vor allem über das von der Bundesregierung geplante Gesetz zur "Tarifeinheit". Während es die Spitzen von IG Metall, IG BCE und DGB begrüßen, sammeln ver.di, GEW und NGG Unterschriften dagegen, da sie darin eine Einschränkung des Streikrechts sehen.

Vor diesem Hintergrund erscheint die Vereinbarung der vier Gewerkschaften als klare Botschaft und als Affront gegenüber ver.di und Co. Sie regelt das Vorgehen für den Fall, dass sich die beteiligten Organisationen um Zuständigkeiten für bestimmte Branchen oder Betriebe streiten. In einem vierstufigen Verfahren sollen zunächst Gewerkschaftsvertreter vor Ort nach einer Lösung suchen. Gelingt das nicht, soll ein Mediationsgremium

Eingeschaltet werden. Erst wenn es auch dort keine Einigung gibt, geht der Fall an die Bundesvorstände und letztlich vor das DGB-Schiedsgericht.

Kooperationsvereinbarungen zwischen Einzelgewerkschaften seien ein "ganz normaler Vorgang", sagte GEW-Sprecher Ulf Rödde am Donnerstag auf jW-Nachfrage. Die Vorsitzende der Bildungsgewerkschaft, Marlis Tepe, sei informiert und das Vorgehen beim DGB-Bundesvorstand diskutiert worden. "Wir haben mit keiner der beteiligten Gewerkschaften irgendwelche Überschneidungsfragen. Daher ist das Ganze für uns kein Thema", erklärte Rödde.

Auch ver.di-Sprecher Christoph Schmitz betonte gegenüber jW, man sehe die Angelegenheit "mit größtmöglicher Gelassenheit".

Der ver. di-Vorsitzende Frank Bsirske sei vorab über die Vereinbarung informiert worden. Darüber, ob sich die Dienstleistungsgewerkschaft selbst daran beteiligen wolle, habe es "weder eine formelle Anfrage noch eine..."

.....formelle Absage" gegeben, berichtete Schmitz. Der ver.di-Bundesvorstand werde sich "in aller Ruhe" mit dem Thema beschäftigen. Das zwischen IG Metall, IG BCE, IG BAU und EVG verabredete Verfahren sei auch inhaltlich "nicht sensationell", sagte der ver.di-Sprecher. "Es war immer schon der normale Umgang, dass man bei Organisationsstreitigkeiten nicht sofort zum DGB-Schiedsgericht geht, sondern erstmal miteinander redet." Nun werde von den beteiligten Organisationen lediglich ein Mediationsverfahren eingeschaltet, das DGB-Schiedsgericht bleibe die letzte Instanz. Dennoch ist verwunderlich, warum die Industriegewerkschaften und die EVG ein solches Prozedere verabreden, obwohl sie nicht untereinander, sondern vor allem mit ver.di Organisationskonflikte austragen.

"Wir signalisieren, dass wir eine gemeinsame Philosophie haben", hatte EVG-Chef Alexander Kirchner der Süddeutschen Zeitung zufolge bei dem Treffen erklärt. Und: Andere DGB-Gewerkschaften seien noch nicht so weit, "auf unsere gemeinsame Basis einsteigen zu können". Offenbar sind die Differenzen doch größer als man bei ver.di und GEW öffentlich zugeben möchte.

(aus Junge Welt, 17. 04, 2015)



Kultur & Geschichte

Vor 40 Jahren besiegten die Vietnamesen die US-Aggressoren

In der letzten Aprilwoche des Jahres 1975 erreichten die vietnamesischen Befreiungsstreitkräfte das damalige Saigon (heute Ho Chi Minh Stadt).

Die letzten US-amerikanischen Besatzungskräfte und ihre vietnamesischen Hilfskräfte flohen in Panik auf Schiffen und Helikoptern. Am 1. Mai 1975 war Vietnam vollständig befreit.

Zum ersten Mal in ihrer Geschichte waren die USA in einem ihrer Interventionskriege vollständig und bedingungslos besiegt. Sie hinterließen ein zerstörtes und chemisch verseuchtes Land. Bis heute, schon in der dritten Generation kommen in Vietnam infolge des Einsatzes von Agent Orange durch die USA Kinder mit schrecklichen Erbschäden zur Welt. Die historische Schuld der USA, ihre monströsen Kriegsverbrechen in Vietnam bleiben auch vierzig Jahre danach unvergessen.

Positionieren sich Europas Autobauer neu?

Machtkampf bei Volkswagen, jetzt auch bei Renault

Zeitgleich zu den Auseinandersetzungen bei Volkswagen - hier festgemacht an der Personen Ferdinand Piech, der Familie Porsche und Martin Winterkorn - stehen die Zeichen auch bei Renault auf Sturm.

Noch vor der Generalversammlung am 30. April beruft PDG Carlos Ghosn den Aufsichtsrat zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen. Einziger Tagesordnungspunkt wird sein: "Entwicklung der Zusammensetzung der Anteilseigner und Konsequenzen für die Allianz".

Gemeint ist die Allianz mit dem japanischen Autobauer Nissan, der, zu 44,3 Prozent von Renault kontrolliert, selbst 15 Prozent am Kapital von Renault hält, allerdings ohne Stimmrecht.

Stein des Anstoßes ist die Erhöhung des Anteils des Staates am früheren Staatsbetrieb von 15,01 Prozent auf 19,74 Prozent durch den angekündigten Zukauf eines Aktienpakets von 14 Millionen Anteilsscheinen für den Betrag zwischen 814 Millionen und

1,23 Mrd. Euro. Das allein wäre für die 19 Verwaltungsräte noch kein Beinbruch, hätte nicht die Regierungsmehrheit am 29. März diesen Jahres das Gesetz "Florange" beschlossen. Nach den Erfahrungen mit der Schließung der Hochöfen des Stahlriesen Mittal in Florange/Lothringen und nach dem Beispiel des VW-Gesetzes verfügt nunmehr der französische Staat über das doppelte Stimmrecht.

Und damit steigt der Einfluss der französischen Regierung beträchtlich, auch wenn Finanzminister Michel Sapin mit den Worten "Der Staat will bei Renault von Gewicht sein, nicht dirigieren" beschwichtigte.

Befürchtet werden Reaktionen von Seiten des japanischen Partners wie eine Verminderung des französischen Anteils unter 40 Prozent durch Kapitalerhöhung oder andere Interventionen. Es scheint, dass sich die imperialistische Konkurrenz auch unter Partnern verschärft.

(Georges Hallermayer)

Gas- und Strompreise: Soziale Liste fordert Senkung

Die Soziale Liste Bochum fordert von den Stadtwerken eine deutliche Senkung der Energiepreise.

"Insbesondere muss der Gaspreis spätestens zum 1. Mai um deutlich über 10 % gesenkt werden", sagt Günter Gleising, Ratsmitglied der Sozialen Liste. Vor dem Hintergrund des sinkenden Strom- und Gaspreises an den Börsen, sowie dem Preissturz für Öl, gibt es bei den Stadtwerken einen deutlichen Nachholbedarf zur Weitergabe der gesunkenen Preise an die VerbraucherInnen, heißt es in einer Pressemitteilung. Da auch nach wie vor die Öl- und Gaspreise miteinander gekoppelt werden, gibt es für den Gaspreis ein erhebliches zusätzliches Potential für eine Preissenkung.



Solidaritätsadresse der DKP:

Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst

Der Bezirksvorstand Ruhr-Westfalen der Deutschen Kommunistischen Partei hat auf seiner Tagung am 22.03.2015 die folgende Erklärung beschlossen:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, mit großer Sympathie verfolgen wir Euren Arbeitskampf, mit dem Ihr von der VKA eine Neuregelung der Eingruppierungsvorschriften und Tätigkeitsmerkmale für die Beschäftigten im kommunalen Sozial- und Erziehungsdienst fordert, die zu Einkommensverbesserungen von durchschnittlich zehn Prozent führen würde. Mit direkten Verbesserungen für rund 240.000 Beschäftigte im kommunalen Sozial- und Erziehungsdienst und indirekten Auswirkungen auf die mehr als 500.000 Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst bei freien und kirchlichen Trägern würde ein Erfolg in diesem Tarifkampf die Einkommenssituation von 750.000 Beschäftigten verbessern. Ihr habt Recht, wenn Ihr für richtig gute Arbeit auch gutes Geld fordert!

Die DKP erklärt sich solidarisch mit Euren Streikaktionen. Auch und gerade in Zeiten, in denen man Euch und uns gerne angebliche "Sparzwänge" vorhält, ist es wichtig, sich zu wehren - schließlich hat der bürgerliche Staat nie zugeknöpfte Taschen, wenn es darum geht, Banken zu retten oder Kriegseinsätze durchzuführen.

Wir wünschen Euch Durchhaltevermögen und dauerhaften Erfolg im Kampf für Eure berechtigten Ziele.



Ich will ...

- Mehr Infos
Über die DKP
- Zu Veranstaltungen
Eingeladen werden
- Mitglied
Der DKP werden

(Name)

(Vorname)

(Straße)

(PLZ/Ort)

(E-Mail)

Ausfüllen, ausschneiden und abschicken an
Die Kontaktadresse im Impressum.

Impressum

Herausgeber:

DKP-Kreisvorstand Bochum
V.i.S.d.P.:
Eberhard Eick
Sachsenring 70
44867 Bochum

Kontakt:

per E-Mail:
dkp-kreisvorstand-bochum@arcor.de

per Telefon:
Eberhard Eick
02327 - 58 942

Auflage:
400 Stück - Eigendruck